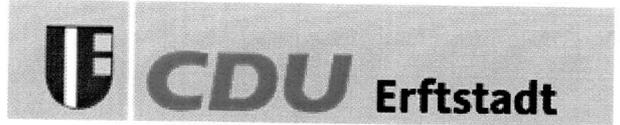


608/2013



Christian Kirchharz
Stadtverordneter
Geschäftsführer CDU Erfstadt

Zülpicher Str. 10
50374 Erfstadt

Tel.: 02235/ 97 93 98
Mobil: 01793263949

E-Mail: mail@christian-kirchharz.de
www.christian-kirchharz.de

Herrn Bürgermeister
Volker Erner
Rathaus
50374 Erfstadt

-100-
K. hz.

Erfstadt, 10. Dezember 2013

Antrag nach GO

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

offensichtlich plant die nordrhein-westfälische Landesregierung ein Förderprogramm für Küchenhilfen in Kitas. Medienberichten zur Folge sollen pro Gruppe bis zu € 500,- zur Verfügung gestellt werden.

Daher beantrage ich im Namen der CDU Fraktion:

Die Verwaltung stellt die konkreten Pläne der Landesregierung dar und erläutert welche Optionen sich für die Erfstädter Kitas daraus ergeben.

Mit freundlichen Grüßen


Christian Kirchharz


Für die Fraktion

Kölnische Rundschau,
10. Dezember 2013

NRW entlastet Erzieher in Kitas

Land stellt hohen zweistelligen Millionenbetrag für die Einstellung von Küchenhilfen bereit

Von WILFRIED GOEBELS

DÜSSELDORF. NRW will Erzieher in Kitas von Küchenarbeiten entlasten. Ab August 2014 soll jede Kita-Gruppe eine Personalpauschale von rund 500 Euro erhalten, um zusätzliche Hauswirtschaftskräfte zu bezahlen. Nach Informationen unserer Zeitung wird das Landeskabinett in der kommenden Woche einen Gesetzentwurf zur zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschließen. Zahlreiche Kitas hatten auf die erhebliche Arbeitsbelastung der Erzieher durch Einkauf und Zubereitung des Frühstücks und Mittagessens für Kleinkinder hingewiesen.

Für die 9000 NRW-Kitas wird jährlich ein hoher zweistelliger Millionenbetrag aus der Landeskasse notwendig. Der SPD-Familienexperte Wolfgang Jörg hatte eine längerfristige Beschäftigung der Hilfen angemahnt. Künftig soll das Personal eine Zwei-Jahres-Garantie erhalten. Weiter sieht die zweite Revision des KiBiz einen Sozialindex für Kitas in Stadtteilen in besonderen Problemlagen vor. Die höhere Pauschale soll nach Absprache mit dem Jugendamt auf Kitas mit besonderem pädagogischen Bedarf in der Kommune konzentriert werden. Darüberhinaus soll es ein gesetzliches Verbot geben, für das zweite Kind Kita-Gebühren zu erheben, wenn sich das erste Kind im beitragsfreien letzten Kita-Jahr befindet. Einzelne Kommunen hatten bisher für das zweite Kind Gebühren erhoben.

Bereits im letzten Monat hatte die rot-grüne Koalition die Abschaffung der umstrittenen Sprachstandserhebung „Delfin 4“ beschlossen. Künftig soll das bisherige Testverfahren durch ein neues Beobachtungsverfahren ersetzt werden. Laut KiBiz-Revision sollen ältere Erzieherinnen, die derzeit wegen fehlender formaler Qualifikationen nur eingeschränkt eingesetzt werden dürfen, künftig wieder vollwertig eingesetzt werden.